

Droz notierte den österreichischen Patriotismus, der 1914 die Völker der Monarchie einigte. Ausführlich beschäftigt er sich mit den unter dem Druck der alliierten Blockade entstehenden Mitteleuropaprojekten Fr. Naumanns u. a., sowie den in letzter Stunde unternommenen Reformversuchen Kaiser Karls und seiner Berater. Die Unentschiedenheit der Entente wird gestreift, ihr setzt die de facto Anerkennung der Tschechoslowakei im Juni 1918 ein verhängnisvolles Ende. Im „Europe centrale balkanisée (1918–1945)“ – die Kapitelüberschrift weist schon auf den Standpunkt des Vfs. – siegt dann der nationale Egoismus über alle Ansätze zu einer neuen Donauföderation. Vielleicht hätten die Einflüsse der Großmächte und ihrer Politik auf die mitteleuropäische Entwicklung während des Weltkrieges und unmittelbar danach etwas breiter ausgeführt werden sollen, obwohl das französische Schwanken vor der Bildung der Kleinen Entente richtig dargestellt wird. Deren Handeln aber „est demeurée strictement négative“ (S. 247), und der Nationalsozialismus und sein Lösungsversuch „ne doit rien à Naumann et à son école“ (S. 264). Und die zahlreichen Spekulationen westslawischer Emigranten der Gegenwart schließlich seien durch den Eisernen Vorhang zu „pensées inactuelles“ geworden.

Der großzügige und fesselnde Wurf dieser Darstellung sowie ihr Tenor werden in dieser knappen Wiedergabe hoffentlich deutlich werden. In ihren Konturen wird sie durch die zahlreichen Einzelirrtümer, Druck- und auch Sprachfehler des Textes nicht gestört; bei einer Neuauflage sollten diese aber möglichst beseitigt werden. Die im Unterschied zur sonstigen Zurückhaltung etwas unbedenkliche Verwendung des Schlagwortes vom deutschen „Drang nach dem Osten“ wird wohl gegenstandslos werden, wenn H. C. Meyer demnächst seine Studien darüber veröffentlicht. Wichtiger noch bleibt die Frage, ob neben der breiten Berücksichtigung deutscher und südslawischer sowie tschechischer Projekte zur Gestaltung Mitteleuropas die polnischen und madjarischen Beiträge nicht etwas zu kurz gekommen sind, ebenso wie die Einwirkung Rußlands und Westeuropas auf deren Entwicklung. Unser eingehender Bericht wird aber vor dem Mißverständnis schützen, daß diese geringen Ausstellungen den Wert des Ganzen erheblich mindern könnten.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Birke

**Oswald Hauser, Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke.** Auf Grund unveröff. Akten aus dem schlesw.-holsteinschen Landesarchiv. Mit einem Dokumentenanhang. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd 42.) 285 S. Karl Wachholtz Verlag, Neumünster 1960. Brosch. DM 24,-, geb. DM 30,-.

„Wie diese Geister (des nationalen Bewußtseins), die Bismarck gerufen hatte – oder besser: hatte rufen müssen –, von dem großen Meister und erst recht von seinen Nachfolgern nicht wieder hatten gebannt werden können, – dem nachzuspüren, war die eigentliche Aufgabe der vor uns liegenden Analyse eines im Zusammenhang des nationalen Denkens besonders wichtigen Zweiges der preußischen Verwaltung“, bekennt Hauser in der wohlabgewogenen und unbefangenen Zusammenfassung seiner Ergebnisse. Die Frage nach den Trägern dieser Entwicklung beantwortet er mit einer Untersuchung der Rolle der Liberalen, des Adels, der Kirche und der Bürokratie, die für ihr maßvolles und unabhän-

giges Verhalten in allen ihren Zweigen ein hohes Lob erntet. „In der Gegenwart werden Sie ganz gleich wie alle Preußen behandelt werden, wenn Sie sich auf den gleichen Standpunkt stellen wie die anderen preußischen Untertanen, nämlich, daß Sie gute und willige Preußen sind“, versichert Innenminister von Hammerstein 1904 den Polen im Preußischen Abgeordnetenhaus. Hauser zeigt, wie „sich für den vom Staate her denkenden und handelnden preußischen Beamten hier eine Gemeinsamkeit mit dem nationalen Gedanken in dem Bemühen um Abwehr aller Feinde und Erhaltung der Staatseinheit . . . ergab“, – aus der sich allerdings die schleswigsche Kirche weitgehend heraushielt, als das „letzte Bollwerk gegen die intoleranten Entartungen des Nationalismus“. Diese führten auch in Nordschleswig zu ungleichem Maß, da man deutscherseits den Dänen das Selbstbestimmungsrecht nicht zugestehen wollte, das man für sich selbst in Anspruch nahm. Der Versuch, die nordschleswigsche Frage durch die rechtzeitige Gewährung entsprechender Freiheiten zu entschärfen, wurde damit veräußert: „Übertriebener Nationalismus und ungenügend praktizierter liberaler Sinn waren also Kennzeichen des preußischen Staates nach der Zurückdrängung der Idee der Staatsräson durch den nationalen Gedanken.“

Dieser Schluß Hausers könnte leicht auf das preußische Polenproblem übertragen werden und er ist auch so gemeint. H. weist schon in seinem Vorwort darauf hin, daß die preußische Sprachpolitik in Nordschleswig als wissenschaftliches Problem „in bloß lokalem Rahmen im Grunde nicht lösbar ist, sondern hinausdrängt in den Zusammenhang des großen Problemkreises der Nationalitätenpolitik und des Zusammenstoßes verschiedenartiger Staatsauffassungen in der Zeit des nationalen Gedankens.“ Hauser läßt sich selbst von dieser Einsicht leiten, wenn er während seiner Untersuchungen die gleichlaufende oder unterschiedliche preußische Polenpolitik ständig im Blick behält. Da sich beides, die Behandlung der Dänen wie der Polen, im gleichen Preußen abspielte, ist das in gewissem Umfange auch selbstverständlich, und nicht so sehr die daraus erfließenden häufigen direkten Hinweise auf die Posener Verhältnisse machen H.'s Buch auch für östliche Betrachtungen wertvoll, sondern seine vorbildliche Darstellung der allgemeinen Entwicklung – die auch manchen feinen Bismarckbeitrag enthält – und die methodische Sorgfalt, mit der die teilweise auch für die Ostprovinzen der Monarchie inhaltsreichen Quellen ausgewertet wurden, von denen eine ansehnliche Auswahl im Anhang zum ersten Male veröffentlicht wird. Der übrige Inhalt des Bandes wird aus seinem Aufbau ersichtlich: Staatsräson und freiheitliche Nationalbewegung – Die Anfänge der preußischen Verwaltung in Schleswig-Holstein – Preußisches Staatsdenken und dänischer Nationalismus in Nordschleswig – Die Optantenfrage (bis 1872 und später) – Die preußische Sprachpolitik in Nordschleswig (die Sprachverordnungen von 1871, 1878, 1888, die Verdeutschung des Religionsunterrichts und das Verhältnis von Staat und Kirche) – Staatliche Verwaltung und „Deutscher Verein f. d. nördliche Schleswig“ – Ergebnis – Dokumente – Literatur.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Birke